

I. Anmeldung Dringlich**Stadtrat****Sitzungsdatum 25.03.2009****öffentlich****Betreff:**

Scheitern der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Anlagen:

Sachverhaltsdarstellung

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt
StR	21.07.2004	☒	☐	☐	☐
SozA	06.03.2008	☒	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):

Scheitern der Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende (vgl. Anlage)

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

entfällt, da Bericht

Finanzielle Auswirkungen:☒ **Nein**☐ **Ja**☐ **Noch offen, weil**

Gesamtkosten p.a.	€
davon investiv	€
konsumtiv	€
davon Sachkosten	€
Personalkosten	€

Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:
☐ **Nein** ☐ **Ja, Betrag** € **Profitcenter:**
Wenn nein, Deckungsvorschlag:

Auswirkungen auf den Stellenplan:



Nein



Ja, im Umfang von

Vollkraftstellen

Abstimmung ist erfolgt mit:



Ref. I / OrgA



Ref. II / Stk



RA



Herrn OBM

K.g.

18.03.09

OBM

Maly

III.

Referat V

Nürnberg, 18.03.2009

Referat V

RP4

(5500)

Anlage: Sachverhalt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschloß am 17.03.2009, den von den Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers, Beck und Bundesminister Scholz ausgehandelten Kompromiss einer Grundgesetzänderung noch in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestags zu Gunsten der Organisationsform der ARGE n und Entfristung der Optionsmodelle abzulehnen. Damit werden die Aufgaben des SGB II nach Ablauf des ARGE-Vertrags zum 31.12.2010 - aus heutiger Sicht - in getrennter Trägerschaft von Bund und Kommunen fortgeführt. Dies bedeutet, dass die betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger ab dem 01.01.2011 zwei Anlaufstellen haben, die Bescheide bearbeiten, prüfen und Zahlungen anweisen. Dies könnte zu einer längeren Bearbeitungsdauer und zu spürbaren Zusatzkosten führen. Gleichzeitig verliert die Stadt Nürnberg jeden Einfluss auf die Gestaltung des - bisher gemeinsam beschlossenen - Arbeitsmarktprogramms und der Integrationsleistungen.

Die Stadt muss bis zu diesem Zeitpunkt eine voll handlungsfähige Verwaltungseinheit zur Erledigung ihrer Aufgaben im SGB II aufgebaut haben. Dies beinhaltet die Rückführung von gegenwärtig ca. 160 kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE Nürnberg zur Stadt Nürnberg.

Verwaltungsintern soll unter Federführung von Ref. V eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die eine Beschreibung der zu lösenden Aufgaben vornimmt und einen Vorschlag zum Verfahren für die Aufgabentrennung entwickelt.